

N i e d e r s c h r i f t

über die 74. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz

am 16. März 2026

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz und zur Aufhebung der Verordnung über Zuweisungen an kommunale Körperschaften aus der Abwasserabgabe**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/9898](#)
Beginn der Beratung und Verfahrensfragen 4
2. **Netzausbau und -planung konkret beschleunigen - Energieziele schneller erreichen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9908](#)
Beginn der Beratung und Verfahrensfragen 5
3. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Umsetzungsstand des im April 2024 verabschiedeten Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG)**
Beratung 6
Beschluss 6

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Marie Kollenrott (GRÜNE), Vorsitzende
2. Abg. Nico Bloem (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
3. Abg. Jan Schröder (i. V. des Abg. Marcus Bosse) (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Thordies Hanisch (SPD)
5. Abg. Gerd Hujahn (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
6. Abg. Christoph Willeke (i. V. der Abg. Andrea Kötter) (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
7. Abg. Guido Pott (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Verena Kämmerling (CDU)
9. Abg. Heike Koehler (CDU)
10. Abg. Axel Miesner (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
11. Abg. Jonas Pohlmann (CDU)
12. Abg. Dr. Frank Schmädeke (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
13. Abg. Britta Kellermann (GRÜNE)
14. Abg. Dr. Ingo Kerzel (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialrat Dr. Müller-Rüster.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Lange.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse,
Stenografischer Dienst.**Sitzungsdauer:** 14:02 Uhr bis 14:16 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** billigt die Niederschriften über die 72. und die 73. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz und zur Aufhebung der Verordnung über Zuweisungen an kommunale Körperschaften aus der Abwasserabgabe

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/9898](#)

erste Beratung: 86. Plenarsitzung am 03.03.2026

federführend: AfUEuK;

mitberatend: AfRuV;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 GO LT: AfHuF

Beginn der Beratung und Verfahrensfragen

Abg. **Thordies Hanisch** (SPD) schlägt vor, zu dem Gesetzentwurf eine mündliche Anhörung durchzuführen, den Kreis der Anzuhörenden in Anbetracht des thematischen Umfangs aber auf die kommunalen Spitzenverbände zu begrenzen.

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU) schließt sich diesem Vorschlag an.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig entsprechend.

Tagesordnungspunkt 2:

Netzausbau und -planung konkret beschleunigen - Energieziele schneller erreichen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9908](#)

erste Beratung: 87. Plenarsitzung am 04.03.2026

AfUEuK

Beginn der Beratung und Verfahrensfragen

Abg. **Thordies Hanisch** (SPD) schlägt vor, sich zu dem Antrag zunächst durch die Landesregierung unterrichten zu lassen.

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU) schließt sich diesem Vorschlag an.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig entsprechend.

Tagesordnungspunkt 3:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Umsetzungsstand des im April 2024 verabschiedeten Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG)

Antrag der Fraktion der CDU vom 26. Februar 2026 (Anlage zur Einladung zur Sitzung)

Beratung

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU) erinnert daran, dass das NWindG seit nunmehr fast zwei Jahren in Kraft sei. Zu diesem Gesetz sowie zu seiner Umsetzung erreichten die CDU-Fraktion kritische ebenso wie positive Stimmen. Sie plädiert im Sinne des Antrags für eine mündliche Unterrichtung, um sich zur Umsetzung im Land auf den aktuellen Stand bringen zu lassen.

Abg. **Britta Kellermann** (GRÜNE) stimmt dem Antrag zu und erkundigt sich vor dem Hintergrund der mit dem NWindG vorgesehenen Evaluation, wann die Unterrichtung durchgeführt werden könnte.

MR'in **Jüttner** (MU) erläutert, § 4 NWindG sehe eine Evaluation bis zum 31. Dezember 2026 vor. Das MU sei allerdings bestrebt, diese bereits zeitnah nach der Sommerpause 2026 fertigzustellen. Damit könnten dann umfassende und aktuelle Daten bereitgestellt werden, sodass es sich aus der Sicht des MU anbiete, die Unterrichtung erst dann durchzuführen.

In diesem Zuge könnte der Ausschuss auch über die Ergebnisse der Evaluation gemäß § 11 des Niedersächsischen Gesetzes über die Beteiligung von Kommunen und Bevölkerung am wirtschaftlichen Überschuss von Windenergie- und Photovoltaikanlagen (NWindPVBetG), die erstmals zum 30. Juni 2026 durchzuführen sei, informiert werden.

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU) begrüßt diesen Vorschlag grundsätzlich, bittet aber in Anbetracht von Diskussionen in einigen Landkreisen zur Übererfüllung der dortigen Flächenausweisungen darum, bereits vor der Sommerpause zu der darauf bezogenen vierten Frage des Antrags mündlich zu unterrichten.

MR'in **Jüttner** (MU) sagt zu, zu diesem Thema vorab zu unterrichten.

Auf Nachfrage von Abg. **Dr. Ingo Kerzel** (AfD) kündigt MR'in **Jüttner** (MU) an, die Evaluationsdaten entsprechend den gesetzlichen Aufträgen kreisbezogen vorzulegen. In dieser Detaillierung würden die Daten gegebenenfalls schriftlich bereitgestellt.

Beschluss

Der **Ausschuss** nimmt den Antrag auf mündliche Unterrichtung im diskutierten Sinne einstimmig an.
